

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Die Frühjahrssagitation ist im vollen Gang.

Alleseitigen Wünschen unserer Filialverwaltungen gehend, ist nun das Material zur Werbung neuer Mitglieder und zur Aufklärung der organisierten, noch nicht durchaus gefestigten Berufsgenossen und. Ein Flugblatt, das wertvolle Tatsachen aus der vielseitigen Tätigkeit unseres Verbandes und über die dadurch erzielten Ergebnisse enthält, muß, den Unorganisierten von Schlagfunktionären überreicht oder in den Arbeitsstätten, in Werkstatt- oder in Arbeitsstellenversammlungen besprochen, uns alle noch Außenstehenden zuzunehmen, die in einer Zeit, in der viel deutlicher als je vorher, der einzelne eine Null, die Organisation aber unter allen Umständen eine Macht bilden, Haupt noch zu denken vermögen.

Vor allem auch die letzte Nummer unseres „Maler“ mit ihrem reichen Inhalt kann den Kollegen, die der Pflicht der Werbung neuer Mitglieder nachkommen, wertvolle Dienste leisten. Der darin in gedrängter Form abgedruckte Reichstarifvertrag ist lediglich der jahrzehntelang rastlos entfalteten Tätigkeit unseres Verbandes für die Anbahnung der Arbeiterschaft unseres Berufes zur Gleichberechtigung im Arbeitsprozeß und für die Erreichung gerechter und zeitgemäßer Arbeitsbedingungen gewidmet. Ohne unsere Organisation wäre auch heute der Tarifsgedanke den Arbeitgebern noch fremd wie vor Jahren, als sie sich mit ihm erst nach erfolgreichen Kämpfen notgedrungen vertraut machten.

Die am 23. April zentral vereinbarten neuen Löhne zeigen außerdem den Einfluß unseres Verbandes. Was da an Lohnerhöhungen für Tausende unserer Berufskollegen durchgesetzt wurde, ist zehnfach mehr, als sie insgesamt an Mitgliedsbeitrag leisten, von dem das meiste doch in Form von Arbeitslosen-, Kranken-, Sterbe-, Streik-, Maßregel- und Unterstützung, von Bildungsstoff

und andern kulturellen, materiellen und sozialen Vorteilen der verschiedensten Art an die Mitglieder zurückfließt.

Außer dem erwähnten Flugblatt und unsern Verbandsorganen ist den Filialen kürzlich eine Werbeschrift zur Gewinnung von Abonnenten für unser „Fachblatt der Maler“ zugegangen. Die Werbung von Fachblattabonnenten ist geeignet, unser Gewerbe wirtschaftlich und kulturell zu heben und damit unserer Kollegenschaft und in weiterer Folge auch unserer Organisation zu nützen. Deshalb muß auch auf diesem Gebiete geleistet werden, was irgend möglich ist.

Auch der „Lackierer“ und der „Maler-Lehrling“ erscheinen jetzt in einem verbesserten Gewand; außerdem wird den Filialen in Kürze auch noch eine Flugschrift zur Agitation unter unsern Lehrlingen für den Anschluß an unsern Verband zugestellt. Da wir nur auf diesem Wege dazu kommen können, daß der unerhörten Lehrlingszuchterei, der mangelhaften Ausbildung und völlig ungenügenden Entschädigung unseres Nachwuchses durch bestimmte Vereinbarungen auf tariflicher Grundlage Einhalt getan wird, muß hier die Werbetätigkeit demnächst mit besonderer Sorgfalt gepflegt werden. Die kürzlich aus der Lehre gekommenen Kollegen aber müssen dem Verbande sofort als Vollmitglieder zugeführt werden.

Gleichgültig, wie sich die Arbeitslage von nun an gestaltet, muß jeder Kollege jede Gelegenheit, die sich jetzt zur Werbung weiterer Verbandsmitglieder bietet. Schon sind in den letzten Wochen zahlreiche Aufnahmen erfolgt und die Auflage unseres „Maler“ ist bereits um mehr als 2000 gestiegen. Ein Zeichen, daß es vorwärts geht. Nur weiter so an allen Orten und auf allen Arbeitsstellen und wir werden unsere Position bestimmt in diesem Jahre ganz wesentlich verbessern.

und daß deren angebliche „Neutralität“ letzten Endes nichts anderes ist als eine einseitige und böswillig gegen die eigenen Arbeitsbrüder gerichtete Begünstigung der arbeitserfeindlichen Bestrebungen des Unternehmertums. Gerade in unserm Gewerbe werden die Kämpfe um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mehr durch die Gleichgültigkeit vieler Kollegen erschwert, als durch die wirtschaftliche Macht der Arbeitgeber.

Unsere Organisation hat von jeher ihre Hauptaufgabe in der Verbesserung der Berufs-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesehen und Vorbildliches geleistet. Bei einer Würdigung der Erfolge anderer, und auch recht großer Gewerkschaften, können wir durchaus bestehen, obwohl wir in der großen Zersplitterung als typisches Kleingewerbe besondere Schwierigkeiten zu überwinden haben, die noch durch den täglichen Wechsel der Arbeitsstellen außerordentlich vermehrt werden.

Die Vorbedingung für einen wirkungsvollen Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist die genaue Kenntnis der gegenwärtigen Berufsverhältnisse. Es ist oben auf die Ursachen und Wirkungen der Rationalisierung im allgemeinen hingewiesen, und es wäre durchaus verkehrt, für das Malergewerbe jede Wirkung dieser Rationalisierungsbestrebungen zu leugnen. Wenn auch Anstrich- und Spritzmaschinen trotz der unermüdeten Tätigkeit um Verbesserung dieser Apparate im eigentlichen Malergewerbe nur in verschwindenden Ausmaßen Eingang gefunden haben, so liegt das weniger an der Ablehnung durch unsere Arbeitgeber, als vielmehr an der Bewegungsfähigkeit, die sich das Malergewerbe bei dem großen Wechsel der Arbeitsstellen bewahren muß und die das maschinelle Anstreichverfahren unrentabel gestaltet. Dagegen ist die Einführung schnelltrocknender Materialien, die vermehrte Verwendung von Emulsionen und anderes mehr schließlich auch nichts anderes als Rationalisierung, durch die unsere Arbeitsmöglichkeiten wesentlich eingeschränkt werden. Ein weiterer Umstand für die ungünstige Lage unseres Berufes ist die große Zunahme des Kleinmeisterums und Hand in Hand damit eine vermehrte Ausbildung von Lehrlingen, beides Tatsachen, deren Vorhandensein jeden Berufsangehörigen mit ernster Sorge erfüllen muß. Hier hat der Verband durch gemeinsam mit den Vertretern der Unternehmerverbände gepflogenen Verhandlungen Richtlinien ausgearbeitet und ist fortgesetzt bemüht, diesen Richtlinien in allen Orten Geltung zu verschaffen. An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, daß von unserm Verbande im vergangenen Jahre allein 432 Tarifverträge für 21077 Betriebe mit 57807 beschäftigten Personen abgeschlossen wurden, so daß mit den aus früheren Jahren noch zu Recht bestehenden 200 Tarifen am Ende des Jahres 1926 im ganzen 632 Tarifverträge für 1803 Orte mit 28944 Betrieben und 83679 Beschäftigten in Kraft waren, von denen allein 580 Tarife in 1651 Orten mit 28171 Betrieben und 7774 Beschäftigten für das Baumaalergewerbe vereinbart waren.

So sind zwar die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die weitaus größte Zahl der Arbeitnehmer unseres Berufes tariflich geregelt; es bestehen aber dennoch Lücken, wie die zahlreich bei jeder neuen Tarifbewegung geäußerten Forderungen beweisen. Außerdem ist es für die fernere Gestaltung unserer Berufslage nicht ohne Bedeutung, die Zahl und Größe der Betriebe, sowie die tatsächliche Zahl der beruflichen Arbeitnehmer und sonstiges Wissenswertes aus dem Arbeitsverhältnis kennen zu lernen. Der Verbandsvorstand hat deshalb im Einvernehmen mit den Bezirksleitern und dem Verbandsbeirat beschlossen, im Rahmen der gegenwärtigen Werbetätigkeit

am Sonnabend, 14. Mai 1927, eine allgemeine statistische Erhebung über die Berufs-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baumaalergewerbe zu veranstalten. Die Fragebogen sind den Filialverwaltungen bereits in genügender Anzahl zugestellt. Es wird

Der Verband ruft!

In den Jahren nach dem Kriege hat die Entwicklung der Warenproduktion nach zeitweiligem Stillstand neue Fortschritte gemacht. Die Bestrebungen auf Verengung und Vermehrung der Warenherstellung sind überdeutlich beobachtbar und in der Hauptsache durch den Konkurrenzkampf um die Wiedereroberung des Weltmarktes bedingt. Sie werden von den Unternehmern aller an der Warenverteilung interessierten Länder nach bestem Vermögen gefördert. Noch konnten einzelne Staaten — auf gewissen Spezialgebieten — keine besonderen Vorteile erringen. Vielleicht mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika, von denen die neuen Arbeitmethoden, allgemein unter dem Schlagwort „Rationalisierung“ bekannt, ihren Ausgang genommen haben. Es ist bisher keines der alten Industrieländer aus dem Tode dauernder Krisen herausgekommen. Und während man hier seine ganzen Hoffnungen auf ausländische überseeische Handelsbeziehungen setzt, aber gleichzeitig den internationalen Warenaustausch durch hohe landwirtschaftliche Zölle mehr hemmt als begünstigt, hat man in Amerika von Anfang an das Hauptaugenmerk auf den Weltmarkt gerichtet und hat sich im eigenen Lande die Gewährung höherer Löhne in den breiten Massen des Volkes einen kaufkräftigen und zahlungsfähigen Absatz geschaffen. Gewiß sollen die besonderen Schwierigkeiten nicht verkannt werden, mit denen Europa und vor allem Deutschland als Kriegsverlierer zu kämpfen hatte. Dennoch könnte nur böser Wille bestreiten, daß sich die deutsche Wirtschaft seit einiger Zeit in aufsteigender

Linie bewegt. Die Jahresabschlüsse unserer Großbanken und Aktiengesellschaften für das Krisenjahr 1926 sprechen eine zu deutliche Sprache. Um so mehr man begründete Ursache zu der Annahme hat, daß es den maßgebenden Personen an der Spitze dieser Großunternehmungen in vielen Fällen nicht geringes Kopfzerbrechen verursacht haben mag, um die horrenden Gewinne und Uberschüsse nach außen hin auf ein erträgliches Maß zu beschränken. Aber diesen Erfolgen des industriellen Unternehmertums durch die Rationalisierung steht schroff das Elend einer jahrelangen Arbeitslosigkeit für Millionen von Volksgenossen gegenüber. Weitere Millionen führen seit Jahr und Tag ein Hungerleben bei stark verkürzter Arbeitszeit, während gleichzeitig dasselbe Unternehmertum alle Hebel in Bewegung setzt, um den unter den unsäglichen Opfern eines 4½ Jahre dauernden Krieges erkämpften Achtstundentag zu beseitigen, und außerdem — leider nicht ganz erfolglos — gegen alle weiteren Errungenschaften auf dem Gebiet der Sozialpolitik Sturm zu laufen.

Das einzige Mittel, diesen offen und versteckt geführten Angriffen mit Erfolg entgegen zu wirken, ist

der Zusammenschluß in starken Gewerkschaften.

Nur diese können der bedrängten Arbeiterschaft in ihrem heroischen Existenzkampf wirksame Hilfe leisten. Es wird von vielen unserer organisierten Kollegen viel zu wenig gewürdigt, daß die außerhalb unseres Verbandes stehenden Berufsangehörigen zwar alle Vorteile genießen, die von der Berufsorganisation — nicht selten unter großen Opfern — erkämpft wurden, daß aber der Verband mit ihrem angeblichen „Sympathisieren“ nichts anfangen kann,

der Mitarbeit aller organisierten Kollegen bedürfen, um diese wichtige Verbandsarbeit rasch, gewissenhaft und erfolgreich durchzuführen.

Die Umfrage darf sich nicht nur auf die Mitglieder unseres Verbandes beschränken, sondern alle in einem Malereibetrieb beschäftigten Arbeitnehmer, Gehilfen, Hilfsarbeiter und Lehrlinge müssen einen Fragebogen über die persönlichen und beruflichen Verhältnisse am Stichtag beziehungsweise in der Lohnwoche vor dem 14. Mai in allen Teilen gewissenhaft ausfüllen und den ausgefüllten Fragebogen spätestens innerhalb acht Tagen an die Filialverwaltung oder an die Vertrauensleute des Verbandes zurückliefern. Alle Fragen sind so einfach wie nur irgend möglich gehalten; sie beschränken sich auf rein berufliche Angelegenheiten, deren Beantwortung für die Organisation und deren Tätigkeit um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unerlässlich ist. Besondere Aufmerksamkeit ist den Fragen über die Zahl der beschäftigten Gehilfen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter, die Arbeitszeit, den Lohn, die Lohnzuschläge und die Arbeitslosigkeit zuzuwenden; selbstverständlich sind die übrigen Fragen von nicht geringerer Bedeutung, sie werden sich aber in der Regel aus den am Erhebungstage vorliegenden Tatsachen ergeben. Ängstliche und mißtrauische Gemüter seien dadurch beruhigt, daß die Bearbeitung der Fragebogen durch den Hauptvorstand erfolgt. Dadurch ist jeder Mißbrauch, auch der vertraulichsten Mitteilungen von vornherein ausgeschlossen.

Lackierer- und Malerkollegen, die in Lackierereien oder Industriebetrieben beschäftigt sind, sollen von der Erhebung nicht erfaßt werden, dagegen alle Arbeitnehmer der Malereibetriebe. Das schließt natürlich nicht aus, daß alle Kollegen die Umfrage durch intensivste Mitarbeit bei der Agitation, der Verteilung und dem Einsammeln der Fragebogen unterstützen.

Damit übergeben wir unsern Mitgliedern nach mehrjähriger Pause das Material zu einer das gesamte Baumalergewerbe umfassenden Statistik. Diese Erhebung muß die Werbetätigkeit für unsern Verband in die letzte Malerwerkstätte und in alle Wohnungen unserer Berufsangehörigen hineintragen. Sie muß den Beweis erbringen, daß sich unser Verband seine alte Werbefähigkeit und seine Schlagkraft erhalten hat. Ihr Ergebnis wird um so überzeugender sein, je größer die Beteiligung ist.

Auf, Kollegen, an die Arbeit für den Verband! Alles für den Verband, alles durch den Verband!

Neue Lohnverhandlungen im Malergewerbe.

Wie bereits in der vorigen Nummer berichtet, haben die zentralen Lohnverhandlungen vor dem Haupttarifamt in Berlin am 21. bis 23. April stattgefunden, nachdem dem Reichsbund die Forderungen der Gehilfenverbände durch unsern Verbandsvorstand zuvor übermittelt worden waren. Die vereinbarten Lohnhöhungen betragen im Durchschnitt ungefähr 7 %, einschließlich der am 1. Oktober fälligen Steigerung für die dann eintretende weitere Mieterhöhung.

Die Vertreter beider Parteien trafen am 21. April im Reichswirtschaftsrat zusammen. Nach einigen einleitenden Worten des Reichsbundesvorsitzenden, Herrn Kruse, begründete Kollege Streine die Forderungen der Gehilfenverbände, der eingehend darlegte, daß nicht nur die eingetragenen Mieterhöhungen, sondern auch die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft das Recht gebe, neue Lohnforderungen zu stellen. Die Löhne müßten zum mindesten den Lebenshaltungskosten angemessen sein; wenn diese steigen, müsse ein Ausgleich durch Lohnaufbesserung erfolgen. Eindrucksvoll schilderte er die Lage im Gewerbe, das durch seine große Arbeitslosigkeit, Unständigkeit im Arbeitsverhältnis charakterisiert sei und weitere Krebschäden zeitige, wie z. B. das enorm zunehmende Kleinmeisterum und Pfluchertum. Das einzige Gegenmittel seien ausreichende Löhne. In einem Gewerbe, wie dem unserigen, dürfe nicht der höhere Lohn, der vielleicht unter bestimmten Umständen mal einige Wochen oder Monate gezahlt werde, maßgebend sein, sondern der Jahresverdienst; dieser zeige, wie elend es mit der sozialen Lage unserer Kollegen bestellt sei. Wenn wir eine richtige Lohnpolitik, wie sie auch die Arbeitgeber angeblich anstreben, betreiben wollen, dürften wir uns von diesen Gesichtspunkten aus die Lohnfrage im Malergewerbe betrachten. Trotz unserer selbständigen Lohnpolitik sei eine Angleichung an die im Baugewerbe geübten Löhne nicht ganz zu umgehen. Die durchschnittlich gleichen Verhältnisse, auch in bezug auf Unfall- und Gesundheitsgefahren, erfordern, daß die Löhne in unserem Gewerbe nicht zurückbleiben dürfen. Aus diesen Gründen erwarte er auch eine gerechte Beurteilung der eingereichten Forderungen.

Darauf erklärte Herr Kruse, im Namen sämtlicher Arbeitgebervertreter folgendes darlegen zu müssen: Sie seien bestrebt, von der Lohnpolitik des Baugewerbes freizukommen, da die Verhältnisse bei uns anders gelagert seien. Den Ausgleich für die Mieterhöhung zu zahlen, seien sie bereit. Es bestehe aber jetzt keine gute Konjunktur; sie seien der Meinung gewesen, daß eine 10prozentige Mieterhöhung, wie feinerzeit vom preussischen Wirtschaftsminister geäußert worden war, eintreten würde, wodurch die Privatarbeit sich gehoben hätte und höhere Löhne gezahlt werden könnten. Aber es sei anders ge-

kommen: von der 10prozentigen Mieterhöhung verbleiben dem Hauswirt ganze 2 %, womit er keine größeren Malerarbeiten ausführen lassen könne. Auch die Meisterchaft bedauere die große Arbeitslosigkeit; denn wo keine Arbeit vorhanden, haben beide Schaden. Eine weitere Steigerung der Preise verringere noch mehr unsere Arbeiten, Großbetriebe wollen zu Eigenbetrieben übergehen, wenn die Malerlöhne weiter steigen. Viele Regiebetriebe arbeiteten unter Tarif. Zudem lägen aus einzelnen Bezirken Klagen vor, daß unsere Löhne über die des Baugewerbes gestiegen seien. Eine Steigerung der allgemeinen Lebenshaltung könnten sie auf Grund des amtlichen Indexes nicht anerkennen; mithin müßten sie außer der Mieterhöhung, die nur 2 % betrage, jede weitere Lohnhöhung ablehnen. Die Einfachheit der heutigen Arbeiten zwingt die Arbeitgeber, die Löhne nicht zu überspannen, sonst werde die Arbeit noch mehr eingeschränkt und die Arbeitslosigkeit werde noch größer.

In seiner Erwiderung hierauf betonte Kollege Streine, daß die Lage so trostlos, wie eben geschildert, für uns doch nicht sei. Die Einfachheit im Baustil sei bekannt, Maschinenarbeit nehme im Baugewerbe sehr überhand, trotzdem bestehe eine lebhaftere Bautätigkeit, von der auch das Malergewerbe profitiere; auch die Privatarbeiten

**Zum Licht empor mit klarem Blick,
Ein Vorwärts nur, nie ein Zurück,
Ein frohes hoffen, kühnes Streben
Und schnelles Handeln auch daneben —
Dann hat das Dasein Zweck und Ziel,
Wer großes will, erreicht auch viel.**

Paul Lindenberg.

könnten nicht immer hinausgeschoben werden. Eine Politik der niedrigen Löhne werde nie zur Hebung des Gewerbes beitragen. Ueberall treten Lohnhöhungen in Kraft, in der Industrie wie im Handwerk, da könne das unserige nicht zurückbleiben. Schmutzkonkurrenz könne auch nicht durch schlechte Löhne bekämpft werden. Von einer Zunahme der Regiebetriebe sei ihm nichts bekannt, ebenso, daß diese schlechtere Löhne zahlten. Durch niedrige Löhne könne die deutsche Volkswirtschaft niemals gehoben werden. Zu bestreiten, daß unsere Lebenshaltung teurer geworden, sei sehr kurzfristig; denn jeder wisse das aus eigener Erfahrung. Auf den Index können wir uns nicht stützen. Ebenso wie die gesetzlich vorgeschriebene Mieterhöhung durch entsprechende Lohnhöhung ausgeglichen werden muß, kommen wir auch nicht um eine allgemeine weitere Steigerung der Löhne herum. Sollte diese abgelehnt werden, dann habe das weitere Verhandeln keinen Zweck.

Die weitere Aussprache, an der sich auch eine größere Anzahl der Vertreter beteiligte, führte zu keinem Ergebnis. Die Mißstände, daß jetzt die Mieter in großem Maße fertige Öl- und Lackfarben, auch Leimfarbe beziehen, Pinsel usw. leihweise erhalten, selbst von Malergeschäften, kamen zur ausgiebigen Besprechung.

Die Verhandlungen wurden am Freitag im Haupttarifamt fortgesetzt. Zunächst konnte auch hier kein positives Resultat erzielt werden, da von Arbeitgeberseite wohl die Forderung der Gehilfenschaft als zu weitgehend bezeichnet, aber kein Angebot gemacht wurde. Erst nachdem dies geschehen und durch weitere Aussprache gewisse Richtlinien für die Beratungen der einzelnen Bezirke gegeben waren, auch eine Lohnstaffelung zum Oktober anerkannt wurde, konnte, unter Zuziehung des Unparteiischen Herrn Dr. Brandt, die Verhandlung mit Erfolg vorwärtsschreiten, wenn es auch manchmal noch zu scharfen Zusammenstößen kam; danach wurden bezirksweise die neuen Lohnsätze für die einzelnen Lohngebiete vorgenommen, so daß am Sonnabend, 23. April, der bereits im letzten „Maler“ veröffentlichte Schiedsspruch von beiden Parteien unterzeichnet wurde, nicht, ohne daß noch eine scharfe Aussprache über die Dauer des Lohnabkommens erfolgte. Nachdem eine Sicherungsklausel vereinbart worden war, nach der beim Eintritt außergewöhnlicher Verhältnisse, besonders auch bei weiteren Mieterhöhungen, neu verhandelt werden muß, konnte die Gehilfenvertretung eine Ratifizierung bis 30. April 1928 zugestehen.

Manche Kollegen mögen solche tarifliche Abschlüsse als etwas Selbstverständliches ansehen; ja, es gibt sogar Kollegen, die der Meinung sind, das sei die einfachste Sache der Welt: die Meister- und Gehilfenvertreter finden sich im Reichsarbeitsministerium oder im Reichswirtschaftsrat zusammen, unterhalten sich über die zu zahlenden Lohnsätze, streiten sich herum; werden sie sich nicht einig, dann holt man einen Unparteiischen, der die Geschichte weiter besammelt. Es wird ein Schiedsspruch gefällt und die Lohnverhandlung hat wieder einmal ein Ende gefunden. Wir beneiden solche naiven Kritiker, die vergessen, daß bei allen Lohn- und Tarifverhandlungen nur die wirtschaftlichen Interessen und der Stand der gegenseitigen Organisationen entscheiden. So schlagfertig unsere Kollegen in stunden- und tagelangen scharfen Auseinandersetzungen die Interessen der Gehilfenschaft verfechten, ebenso rücksichtslos suchen die Vertreter der Arbeitgeber die Wünsche ihrer Mitglieder zur Geltung zu bringen, die meistens doch dahin gehen, „angefichts der jetzigen Wirtschaftslage keinen höheren Lohn bewilligen zu können“. In der heutigen Zeit sind Verhandlungstage durchaus Großkampftage, die von den Wortführern beider Seiten eine Summe geistiger Fähigkeiten und eiserner Nervenkraft verlangen, wenn sie nicht zu der ungelänglichsten Zeit aus der Haut fahren und alles scheitern lassen wollen. Und diese Kämpfe werden, auch wenn sie, wie die letzte Lohnverhandlung, in der Form durchaus sachlich vonstatten gehen, immer schwerer. Sie zeigen aber auch, und das möchten wir unserer gesamten Kollegenschaft zu beherzigen empfehlen, die Not-

wendigkeit der Geschlossenheit unserer Organisation, denn auch die Arbeitgeber sind gut organisiert und noch besser diszipliniert.

Diese Lehre aus unsern Lohnverhandlungen wohl beachten, müßte Pflicht aller Berufstätigen sein. In der Stärke unserer Organisation liegt unsere Macht. Kein Kollege darf mehr außerhalb unserer Reihen stehen!

Soziale Fürsorge in den Gewerkschaften.

Die Reichstagsverhandlungen über Verbesserung sozialer Fürsorge und Arbeitszeitverkürzung der schaffenden Menschen haben gezeigt, daß von den jetzt die Macht besitzenden Parteien kein Verständnis für die Not des Volkes und für Abhilfe der schlimmsten Auswüchse kapitalistischen Wirtschaft zu erwarten ist. Der Vorsitzende des ADGB, Graßmann, hat mit seinen Ausführungen im Reichstage vollständig recht, wenn er dem christlichen Führer Stegerwald unverblümt sagte, daß die christlich organisierten Arbeiter ganz anders darüber denken als ihre Führer. Daher muß es erste Aufgabe der gesamten Gewerkschaften sein, Mittel und Wege zu suchen, die Bekämpfung der sozialen Pflichten des Staates durch angelegten Ausbau der Unterfürsorgeeinrichtungen, deren Zusammenschluß in eine große soziale Einrichtung der schaffenden Volksgenossen zu gestalten.

Es sollte nicht nur Aufgabe sein, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, sondern auch in Zeiten der Not mehr als bisher hilfsbereit zu sein. Der wirtschaftliche Charakter der Organisationen sollte mehr in den Vordergrund zwischen Wirtschaftskampf und sozialer Allgemeinheit der Mitglieder werden. Die Zahl von 5 1/2 Millionen Mitgliedern beweist, daß nicht alle Werkstätigen den Weg zur Organisation gefunden haben. Die Stabilität der Mitgliederzahlen erwiesenermaßen in jenen Verbänden am gesichertsten, gute soziale Einrichtungen vorhanden sind, der rechnerische Mensch tritt hier in Erscheinung; jene, die links gestellten Kreise, die nur im Kampfcharakter der Gewerkschaften den Erfolg suchen, vergessen, daß der durch bezahlte Mensch auch für Unglückszeiten rechnen muß. Es ist zur Zeit eine Illusion, ohne Fürsorgeeinrichtung Mitglieder an die Verbände zu fesseln. Der Zug der Zeit drängt auch in Arbeiterkreisen dahin, nichts auszugeben, wenn keine entsprechende Gegenleistung in Aussicht ist. Wer organisierte Mensch sucht also einen gewissen Vorteil zu erzielen, je größer dieser ist, desto fester hält er an dem Verband. Bei beginnenden Kampfzeiten befindet sich die Organisation in aufsteigender Linie, der Drang nach milderer Verbesserung seiner Lebenslage bringt den sonst so faulen Nichtgewerkschafter zur Einsicht, daß nur die Organisation gegen die organisierten kapitalistischen Mächte Erfolg bringen kann. Diese Erkenntnis hält er bei diesen Menschen nur solange an, als die Kampfbedingungen dauern; mit allen möglichen Ausreden verschwinden sie wieder aus der gewerkschaftlichen Kampftruppe. In diesen Außenkreisen befinden sich viele, nur leichtfertige nicht denkende Menschen, aber noch mehr solche, die kalkulieren.

Die bedeutenden Erhöhungen der Krankenkassen- und Invalidenbeiträge bringen für den arbeitslos werdenden oder langfristig kranken Arbeiter die Gefahr, daß er die Zahlbeiträge nicht mehr ausbringen kann. Bei der jetzigen Abbau der älteren Arbeitskräfte tritt das besonders drastisch in Erscheinung. Es muß so an, als ob die Arbeitnehmer auf dem Umwege mit dem Worte „Rationalisierung“ die Gewerkschaften in ihrem älteren Mitgliederbestand schwächen wollten. Dieses Mittel werden jene arbeitsscheuen Kreise solange anwenden, bis ein sinnvolles Syndikat neue Kampfmethoden eronnen hat. Nun werden viele Gewerkschaftsführer behaupten, daß die derzeitige Ausschaltung der älteren Mitglieder aus der Produktion wieder ausgeglichen wird durch die Erziehung der Jungenossen zu Kämpfern, die Stoßkraft würde bleiben. Man muß aber mit dem Menschen als Mensch rechnen und sich nicht an Zahlen klammern, die in der Generation wird, wenn sie an Jahren älter ist, mit teuren Leben rechnen; denn der Idealismus verfliegt mit dem Zeitpunkt, wenn die Familie Not leidet. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Frau im Familienleben eine große Rolle spielt und meistens bessere Rechenkünftlerin ist als der schaffende Mann. Es entsteht nun die Frage: Wie können die Gewerkschaften ihre Abwehrkraft erhöhen? Wie ist Stabilität auch in kampflosen Zeiten zu erhalten?

Dazu wäre zu sagen: die deutschen Gewerkschaften bedürfen einer bedeutenden Erhöhung ihrer Unterfürsorgeeinrichtungen, ein Zusammenschluß aller Organisationen der sozialen Fürsorge für ihre Mitglieder ist notwendig, die eigentlichen Kampfassen sollte jeder Beruf in eigener Verwaltung behalten. Da der Staat mit seiner bürokratischen parlamentarischen Mehrheit sich nicht für die Not des Volkes einsetzt, so müssen die Gewerkschaften der Gesellschaft zeigen, daß es auch anders geht. Die soziale Fürsorge der Verbände wird sich zu einer Machtfrage im Staate auswirken, denn je mehr die Organisationen den Staat dabei überflügeln, desto mehr verliert die kapitalistische Mehrheit im Parlament anhängern aus Arbeiterkreisen.

Zu den Fürsorgeeinrichtungen gehört außer Kranken-, Arbeitslosen- und Beerdigungsunterstützung auch die Hilfe für die alten, nicht mehr arbeitsfähigen Mitglieder. Letztere Einrichtungen sind bisher von den meisten Verbänden noch nicht zur Durchführung gekommen; je längere Zeit die Gewerkschaften bestehen, desto mehr alte erprobte langjährige Mitglieder sind dieser Fürsorge bedürftig; diese Schichten sind man in ihren alten Tagen nicht vergessen. Je besser die Einrichtungen ausgestattet sind, desto mehr Anhänger finden die Organisationen.

Keiner darf fehlen, wenn es vorwärts gehen soll!

Die Verwalterin dieser Einrichtungen könnte nur die Fürsorge in Frage kommen. Alle freien Gewerkschaften übertragen ihre sozialen Unterstufungen dieser Organisation, sie ist die Zentrale aller sozialen Einrichtungen der Arbeiterklasse. Die Art der Durchführung und die Höhe der Beiträge kann nicht Sache dieser Zahlen sein, daran muß erinnert werden, daß aus geringen Beiträgen keine hohen Unterstufungen herausdestilliert werden können. Die kapitalistischen Versicherungsgesellschaften schöpfen ihre Mitglieder, weil sie hohe Verwaltungen und außerdem noch hohe Dividenden auswaschen bei der Volksfürsorge nicht der Fall ist.

G. Art.

Die Arbeiterfrau.

Die die Rationalisierung nur auf das Interesse des Mehrwerts eingestellt ist, ohne eine soziale Gestaltung des Problems, ohne Hebung der Produktion durch die Verwendung von gutgelohnten und damit kaufkräftigen Lohnarbeitern, so ist auch die neue kapitalistische Sorge um die "soziale Unterstufe" eine Sorge nur um den kapitalistischen Vorteil erhöhter Produktion. Das muß man dem Institut für technische Arbeitsschulen lassen, daß seiner Propaganda wenigstens ehrlich ist und offen daß seine Sorge um die Seele des Arbeiters in dem wirtschaftlichen Verlangen nach erhöhter Produktion Wurzel hat.

Als dem gleichen Gedankengange entspringt auch die Sorge um die Arbeiterfrau, um den Arbeiterhausbau. Man ist bestrebt, die Arbeiterfrauen "hauswirtschaftlichen Schulen", indem man, besonders im Ruhrgebiet, Frauenvereine für diesen Zweck geschaffen hat. Aber diese soziale Fürsorge, nicht aus Liebe zur Arbeiterfrau, die nicht zu wirtschaften weiß, die nicht versteht, "die sauer verdienten Pfennige zu verwahren", diese Arbeiterfrau wirkt produktionsvermindernd, wie man offen erklärt, da diese Frau nur mit schweren Sorgen und Hemmungen an seine Arbeit gehen kann.

So auch in diesem Falle leidet die Unternehmerin nur um die kapitalistische Produktion. Kein Wort über die soziale Unterstufe an sich und das "Arbeiterheim". Das Werk hat ein "berechtigtes Interesse" daran, daß die Arbeiterfrau wirtschaften kann, und offen erklärt.

Die Erhöhung der Produktion ist schön und gut. Eine Wertschätzung jeglicher Kraft ebenfalls. Doch nur, wenn vor allem das soziale Bedürfnis der Schaffenden befriedigt ist. Mag Produktion noch so wertvoll sein, zunächst kommt der Mensch und dann nochmals der Mensch.

Was nützt alle hauswirtschaftliche Einteilung des häuslichen Lohns, wenn er dennoch nicht reicht? Wenn er nicht zur Ernährung, Kleidung, Bildung, Erholung und zur Pflege des Nachwuchses genügt?

Und was nützt alles hauswirtschaftliche Können, so auch an und für sich ist, wenn der Kapitalismus von anderer Seite große Massen arbeitslos auf die Straße wirft? Wenn diese arbeitslosen Massen selbst bei bester Wirtschaft nicht das haben, was auch nur das mindeste Leben nötig ist!

Gerade hierüber macht Medizinalrat Dr. Bröcker aus Hagen jetzt einige lehrreiche Angaben. Er weist in der "Zeitschrift für Schulgesundheitspflege" auf das Entstehen der Kinder in den ersten Lebensstagen hin, die diese furchtbare Lebensschwäche in Zusammenhang mit der sozialen Not der Frauen durch die Arbeitslosigkeit der Männer.

Selbst mit den Zulagen, die den schwangeren Frauen zufließen, reicht die Nahrung nicht für die Familie. Mütter geben aus einer gewiß falschen und doch tief menschlich verständlichen mütterlichen Sorge ihre Zulagen der Familie. Und dennoch Unterernährung bei allen und bei der schwangeren Frau erst und daher das Massensterben schon in den allerersten Tagen des Lebens.

Gerade das Gespenst der Arbeitslosigkeit mit seinen Schrecken und Nöten zeigt uns, daß wir das tiefer fassen müssen als bei Reformen. Es ist der Mangel des Systems! All die Nöte sind eine Erzeugnisform der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Nur dann wird soziale Wohlfahrt mit wirtschaftlicher Aktion vereint sein, wenn beides gestaltet ist unter dem Gedanken sozialen Glücks!

Aus unserm Beruf

Ludwig Reisberger.

Am 1. Mai blickt der Schriftleiter der Deutschen Zeitung, "Die Mappe", in München, Kollege Ludwig Reisberger, auf eine 30jährige Tätigkeit an der bekannten Fachzeitschrift für das Malergewerbe.

In dem Schriftweisse, mit zäher, zähsicherer Kraft geführten Auf- und Ausbau dieser Fachschrift verlebte die Lebensarbeit Reisbergers, der schon von ihrer Gründung an unter Fr. Nauert im Jahre 1881 ständiger Mitarbeiter war. An seinem Jubiläumstage tritt nun auch Ludwig Reisberger, der jetzt 72 Jahre ist, von seinem Redaktionsamt zurück. Der Jubilar, der sich für die fachtechnische und künstlerische Verbesserung des Malergewerbes nicht als auch für seine sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben jederzeit einsetzte, hat einen großen Kreis Fachgenossen, persönlich bekannte und auch unbekannte, um sich versammelt, die ihm an diesem Ehrentage für all seine Verdienste Dank sagen und ihm einen wohlverdienten, glücklichen Lebensabend wünschen.

lichen Lebensabend wünschen. Auch unsere Organisation bringt ihrem ersten Redakteur, dem langjährigen Kämpfer und Streiter um eine bessere wirtschaftliche Lebenslage der Maler, die besten Glückwünsche dar. Nach einer freudlosen, harten Jugendzeit war sein ganzes Leben arbeitsreich und mühevoll, schwer mußte er die Misere des Daseins durchkosten. Aber er blieb aufrecht und verzagte nicht. Dafür sei ihm besonders gedankt.

Kollege, was bietet Dir der Verband?

- Er sorgt für die Anerkennung Deiner Rechte.
Er erwirkt Dir tariflich festgelegte Bezahlung.
Er kämpft für Verkürzung der Arbeitszeit.
Er kämpft für Ferien, denn Erholung braucht jeder Mensch.
Er sorgt für gute Berufsausbildung, pflegt die Solidarität und den kollegialen Verkehr.
Er erstrebt die gesetzliche Neuordnung der Berufsausbildung.
Er wirkt für die Erweiterung des Gesundheits-, Unfall- und Jugendschutzes.
Er schützt Deine Arbeitskraft gegen Ausbeutung und Mißbrauch.
Er gewährt Dir Rechtsschutz in gewerblichen und die Arbeiterversicherung betr. Streitigkeiten.
Er sorgt für Deine Aufklärung in allen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen.
Er ist Dein zuverlässigster Freund in jeder Lage.

Wir reichen Dir die Hand! Schlage ein! Werde unser Mitglied!

Eine Bezirkskonferenz

Der am Rheinisch-Westfälischen Lohnabkommen beteiligten Filialen und Zahlstellen fand am 10. April in Duisburg statt. Auf der Tagesordnung standen 2 Referate, und zwar: 1. Die Aufgaben unseres Verbandes, Referat Kollege Streine; 2. Bericht über die Verhandlungen mit dem Innungsverband und die Agitation im Bezirk, Referat Kollege Beringer.

Nach einer kurzen Einleitung schilderte Kollege Streine eingehend die schwierige Lage des Malergewerbes, die noch durch die allgemeine Wirtschaftskrise verschärft werde. Renovierungsarbeiten werden nur in geringem Umfang vorgenommen. Viele Arbeiten werden immer wieder zurückgestellt oder nur in ganz einfacher Weise ausgeführt. Das Kleinmeisterstum, das vorwiegend zur Schmuckkurrenz neigt, sei für das Gewerbe eine Gefahr. Hinzu komme noch die Heranziehung eines die Bedürfnisse übersteigenden Nachwuchses. Nicht nur wir, sondern auch die Arbeitgeber hätten die Gefahren erkannt, die dem Gewerbe drohen. Sie wären daher auch bereit, mit uns für bessere Zustände zu wirken. Die im Herbst vereinbarten Richtlinien seien der Anfang hierzu. Die Bemühungen für Arbeitsbeschaffung haben in vielen Fällen vollen Erfolg gebracht, sie müssen auch in Zukunft fortgesetzt werden, damit allmählich der Saisoncharakter des Gewerbes abgeschwächt werde. Der Stand der Organisation lasse noch zu wünschen übrig, berücksichtigt man jedoch die außerordentlichen Schwierigkeiten des Gewerbes, dann können wir immerhin zufrieden sein. Auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen halten mit den anderen Gewerben einen Vergleich aus. Auf allen Gebieten sei der Verband bestrebt, fördernd zu wirken. Das "Fachblatt der Maler" bringe vielerlei Anregungen auf beruflichem Gebiet; den Schutz der Gesundheit der Kollegen lasse sich der Verband besonders angelegen sein. Der neue Tarifvertrag sichere für ein weiteres Jahr geregelte Arbeitsbedingungen. Um all das Errungene zu festigen und zu sichern, sei eine gute und finanziell leistungsfähige Organisation notwendig. Das unberechtigte Kleben von betragsfreien Marken müsse unterbunden werden, da dies nicht nur die Organisation, sondern auch die Mitglieder selbst schädigt. In den meisten Orten seien bereits Lehrlingsabteilungen gebildet worden, in denen die Jungkollegen zu guten Gewerkschaftern erzogen würden. Der sehr aufgestaute "Malerlehrling" bietet hierbei eine feste Stütze. Die kommenden Wochen müßten der Stärkung des Verbandes gewidmet sein; jeder Kollege müsse mithelfen, damit das gesteckte Ziel erreicht werde.

Kollege Beringer schilderte in seinem Vortrage im einzelnen die Situation im 4. Bezirk. Die Zusammenarbeit mit dem Rheinisch-Westfälischen Maler-Innungsverband für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit sei recht schwer in Fluß gekommen. Erst durch örtliche Vorkämpfer kamen wir zu zentralen Verhandlungen. Leider war dadurch die beste Zeit verpaßt und daher der Erfolg sehr gering. Die Lehrlingsfrage habe der Obermeisterstag wohl behandelt, doch die Mitwirkung der Gehilfenorganisation abgelehnt. Die dort aufgestellten Richtlinien für die Lehrlingshaltung bringen wohl eine Verbesserung, gehen aber nicht weit genug, um die auf dem Gebiete der Lehrlingshaltung eingetretenen Mißstände zu beseitigen.

Die am 1. April stattgefundenen Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrages haben volle Überein-

stimmung der Parteien gebracht. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt seien, so konnte doch das bisher Bestehende gesichert und in einzelnen Punkten noch verbessert werden. Der starke Wille der Vertragsparteien, alle Bestimmungen des Vertrages restlos durchzuführen, stelle uns vor große Aufgaben, die wir nur dann erfüllen können, wenn eine ganz wesentliche Stärkung der Organisation erfolgt. Die Tarif- und Lohnfrage sei besonders im 4. Bezirk überwiegend eine Organisationsfrage. Gelingt es uns, in den kommenden Monaten die Mehrzahl der unorganisierten Berufskollegen zu organisieren, dann werde auch die restlose Durchführung der Vertragsbestimmungen ermöglicht. Auch die Löhne würden dann eine befriedigende Regelung erfahren. Die strikte Innehaltung aller Vertragsbestimmungen soll mit dazu beitragen, die Schmuckkurrenz zu unterbinden. Durch die noch immer anhaltende Wirtschaftskrise sei die Berufslage sehr ernst. In Rheinland-Westfalen sind in 194 Orten 8920 Handwerksbetriebe mit 11 619 Gehilfen und 9120 Lehrlingen vorhanden. Einschließlich der Industrie haben wir etwa in 8000 Betrieben mit 17 000 beschäftigten Berufskollegen und 10 408 Lehrlingen zu rechnen. Gewaltige Aufgaben seien es, die wir zu erfüllen haben; doch werden die vorhandenen Kräfte für unsere Ziele gemeinsam eingesetzt, dann können wir hoffnungsvoll in die Zukunft blicken.

Beide Referate wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die nachfolgende Diskussion brachte recht wertvolle Anregungen und den Beweis, daß ein starker Wille vorhanden ist, mit vereinten Kräften für das gesteckte Ziel zu kämpfen.

Die Konferenz bevollmächtigte die Verhandlungskommission, die Tarifverhandlungen zum endgültigen Abschluß zu bringen. Weiter wurde ein energisches Vorgehen zur baldigen Neuordnung der Löhne verlangt. Damit fand die sehr anregend verlaufene Konferenz ihren Abschluß.

Aus Unternehmerkreisen

25 Jahre Obermeister. Der erste Obermeister der Maler- und Lackiererinnung zu Hamburg, Carl Fr. Hansen, feierte am 25. April sein 25jähriges Obermeisterjubiläum. Die Innung veranstaltete aus diesem Anlaß eine feierliche Morgenprache im Gewerbehause, zu der auch von auswärts zahlreiche Gäste erschienen waren, die dem Jubilar ihre Glückwünsche darbrachten. Die Hamburger Malerinnung stiftete ein "St. Lukasbuch" in einem kostbaren, reichbemalten Pergamenteinband, das als Sammelwerk den künstlerischen und kunstgewerblichen Niederschlag des Gewerbes aufnehmen soll. Auch wir entbieten dem Jubilar unsere Glückwünsche. Wer die beiden Vorgänger des Herrn Hansen kennen gelernt hat und einen Vergleich mit jetzt zieht, wird zugeben müssen, welche gewaltige Umänderung in der inneren Verfassung der Innung in den verfloffenen 25 Jahren eingetreten ist. Herr Hansen erkannte frühzeitig die veralteten, unhaltbaren Zustände und sorgte im Verein mit gleichgesinnten Männern für zeitgemäße Reformen. Er gehörte zu den Vorkämpfern des Tarifgedankens im Malergewerbe, was die Anerkennung der Gehilfenorganisation voraussetzt, wie er auch stets für die Zentralisation der Malermeister eintrat und zu den rührigsten Begründern des heutigen Reichsbundes des deutschen Maler- und Lackiererhandwerks zählt. Seit Gründung des Gauverbandes Norddeutschland des Reichsbundes steht er an der Spitze dieser Organisation, für die er die "Allgemeine Malerzeitung" schuf und verantwortlich leitet.

Baugewerbliches

Neubauten, die mit 120 % Friedensmiete rentabel sind. Von einem Amerikanerkonzern unter Führung der Firma Chapman & Co., New York, ist der Stadt Berlin ein Angebot gemacht worden, 14 000 Wohnungen ohne öffentlichen Zuschuß zu errichten. In Frage kam das Südgelände in Berlin-Schöneberg. Die amerikanische Firma hat in Aussicht gestellt, daß sie eine Dreieinhalb-Zimmerwohnung nach dem Entwurf deutscher Architekten für 13 500 M herzustellen in der Lage sei. Die Stadt Berlin sollte den Pachtzins für die Häuser garantieren beziehungsweise den ganzen Wohnbautenkomplex auf 28 Jahre pachtweise übernehmen. Das Kapital sollte mit 10 1/2 % verzinst und amortisiert werden. Nach 28 Jahren wären die Häuser unbeschränkter Besitz der Stadt Berlin. Es ist nicht entschieden, ob sich Berlin für diesen Plan entscheidet. Eins scheint uns aber grundsätzlich wichtig zu sein. Nämlich der Beweis, daß auch bei 120 % Friedensmiete der Wohnungsbau rentabel sein soll. Die deutschen Bauunternehmer haben bisher erklärt, daß ohne öffentlichen Zuschüsse nur gebaut werden könne, wenn der Mietzins mindestens auf 150 % der Friedensmiete zu stehen komme. Nun kommt eine amerikanische Firma her und will den Beweis antreten, daß auch bereits bei dem Mietzins ab 1. Oktober ein öffentlicher Zuschuß nicht mehr notwendig ist. Nachdem das Angebot der Firma Chapman vorlag, kamen auch deutsche Firmen mit einem ähnlichen Angebot heraus. Die amerikanische Firma hat sich also als ein vorzüglicher Erzieher der Unternehmer erwiesen. Genau so, wie in der Automobilindustrie die deutschen Unternehmer sich auftrastten, als Hannibal vor den Toren stand, genau so erzieherisch hat es auf die deutschen Bauunternehmer gewirkt, als eine amerikanische Firma auf dem Plan erschien. Ohne grundsätzlich auf die Frage einzugehen, erscheint uns die Nebenwirkung das Wichtigste an dem Fall zu sein.

Gewerkschaftliches

Die Volksfürsorge im 1. Quartal 1927.

Im Jahre 1924 war es für unsere Volksfürsorge die Hauptaufgabe, die mit der neuen Währung im Zusammenhang stehenden Arbeiten (Umstellung der alten

Der Machtrup heißt: Organisation!

Versicherungen und andere) zielbewußt durchzuführen und die Außenorganisation wieder aufzurichten. Das ist in erfreulichem Maße gelungen; denn das Jahr 1925 brachte schon ein respektables Neugeschäft. Im Jahre 1926 kam bereits über eine Viertelmillion Versicherungen zum Abschluß. Das laufende Jahr wird voraussichtlich noch günstiger werden. Gegenwärtig verfügt die Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeiterschaft über einen Bestand von etwa Dreiviertelmillionen Versicherungen. Sie rechnet damit, am Schlusse des Jahres 1927 rund 1 Million Versicherte zu haben. Es ist dies ein Ziel, das durchaus erreichbar ist; denn im 1. Quartal 1927 wurde guter Anfang dazu gemacht.

90 554 Anträge

kamen in diesen 3 Monaten herein, und zwar im Januar 25 134, im Februar 30 867 und im März 34 553.

Zur Regulierung von Sterbefällen hat die Volksfürsorge im 1. Quartal dieses Jahres an die Hinterbliebenen von verstorbenen Versicherten 222 073,80 M. ausgezahlt; insgesamt seit November 1923 rund 2 172 000 M.

Wenn die deutsche Arbeiterschaft mehr noch als bisher die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse, der Genossenschaftstagungen, des Afa-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamten-Bundes beachtet, für sich und ihre Angehörigen nur Versicherungen bei der Volksfürsorge abschließt und sich zu längerer Mitarbeit für sie bereit findet, wird die Volksfürsorge das werden, wozu sie von ihren Gründern bestimmt war: die alleinige Versicherungsgesellschaft der werktätigen Bevölkerung.

Einen Aufruf an die Polizeibeamten Groß-Berlins richtet der Vorstand des Allgemeinen Preussischen Polizeibeamtenverbandes aus Anlaß des am 7. und 8. Mai veranstalteten Treffens der sogenannten „Vaterländischen Verbände“ im republikanischen Berlin, weil es nicht ausgeschlossen, daß diese Veranstaltung zu Zusammenstößen mit Andersdenkenden führen kann. Die Kollegen werden ermahnt: „klaren Kopf und starke Nerven zu haben. Die Ruhe und Besonnenheit nicht zu verlieren! Insbesondere aber muß die Polizei gerade an diesem Tage sich ihres Eides und der daraus sich ergebenden Pflicht bewußt sein, nämlich: das Ansehen der Republik zu wahren und diese zu schützen!“

Kollegen! Denkt am 7. und 8. Mai daran, daß Ihr republikanische Polizeibeamte seid, daß man auf jeden von Euch an diesem Tage ganz besonders sieht. Tut Euren Dienst, wie es die Republik von Euch verlangt und seid Euch Eurer großen Aufgabe bewußt. Laßt Euch von keiner Seite provozieren! Vor allen habt die Augen auf! Wir sind dessen gewiß, daß Ihr gerade an diesem Tage aller Welt zeigt, daß die Berliner Polizei „republikanisch treu und verlässlich“ ist. Besondere Vorfälle bitten wir uns sofort mündlich oder telephonisch zu melden. Unser Verbandsbureau richtet für den 7. und 8. Mai Dauerdienst ein.“

Sozialpolitisches

Erhebungen über Haushaltsführungen.

Die Kosten eines Haushalts werden heute nach verschiedenen Normen berechnet. Aber über alle nach diesen verschiedenen Methoden gewonnenen Indezze wird mit Recht geklagt, daß sie mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Unter solchen Umständen ist es zu begrüßen, daß das Statistische Reichsamt jetzt dabei ist, etwa 500 auf ein Jahr berechnete Haushaltsbücher auszugeben, in denen Einkommen und Ausgaben gewissenhaft eingetragen werden sollen. Aus dem so gewonnenen Material soll unter anderem berechnet und festgestellt werden, was ein Haushalt in Wirklichkeit kostet. Im Jahre 1928 werden weitere Erhebungen über die Familienbudgets folgen. Auch das Internationale Arbeitsamt plant für 1928 ähnliche Erhebungen in internationalem Maßstabe.

Die letzten derartigen Erhebungen stammen aus dem Jahre 1907, sind also infolge der seit dieser Zeit sich vollzogenen Veränderungen nicht mehr brauchbar. Der Zweck der Erhebungen ist, zu einer wirklichen Lebenshaltungsindezziffer zu kommen. Denn es ist eine Tatsache, daß die Indezberechnungen aus den verschiedensten Gründen von unrichtigen Voraussetzungen ausgehen und daher zu falschen Resultaten kommen. Soweit unsere Leser zur Führung einer solchen Haushaltserhebung mit herangezogen werden, empfehlen wir ihnen gewissenhafte Eintragungen. Denn es ist klar, daß das Resultat solcher Erhebungen auch brauchbares Material von lohnpolitischer Bedeutung ergibt.

Allerdings sei in diesem Zusammenhange aber wiederum hervorgehoben, daß das Resultat der Erhebungen nicht ohne weiteres Lohnerböhrungen zur Folge hat. Der Arbeiter kann nicht etwa sagen: „Meine Lebenshaltung hat sich um beinahe viel vermindert, deshalb brauche ich auch so und so viel mehr Einkommen.“ Denn Lohn und Lebenshaltung sind nicht vom Resultat von Statistiken abhängig, sondern sie sind Ausdruck der wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Dabei wird der Arbeiter seine Organisation stärken und schlagfertig erhalten müssen, wenn er zu einer zeitgemäßen Lebenshaltung kommen will. Statistisches Material kann den Kampf um höhere Lebenshaltung zwar wesentlich unterstützen, aber nicht entscheidend beeinflussen.

Ueber die Ausbreitung der Fünftagewoche hat kürzlich das amerikanische Arbeitsamt die Ergebnisse Statistika gibt eine recht beachtenswerte Verbreitung dieser

**Kollegen!
Werbt für den Verband!**

einer Untersuchung darüber veröffentlicht. Aus der Art der Arbeitszeitverkürzung in Amerika hervor. In der Herrenkonfektion arbeiteten 45 % sämtlicher von der Statistik erfaßten Betriebe, die ein Drittel der Arbeitnehmer beschäftigen, 5 Tage in der Woche, allerdings nicht 40, sondern durchschnittlich 44,3 Stunden. Die Mehrzahl der Pelzarbeiter, 14 000 an Zahl, hat eine vierzigstündige Arbeitszeit. Die Arbeitszeit der Hut- und Mützenarbeiter in Newyork und Philadelphia beträgt 44 Stunden, soll aber 1927 auf 40 Stunden herabgesetzt werden. Im Bekleidungsgebiete von Newyork haben eine große Anzahl von Gewerkschaften für ihre Mitglieder die Fünftagewoche durchgesetzt. Sogar im Baugewerbe Newyorks und Bostons sind 6 % der Gewerkschaftsmitglieder nur 5 Tage in der Woche tätig, desgleichen die Maler, Pflasterer und Glaser. Im Buchdruckgewerbe und bei Herstellung von Zeitungen ist vierzigstündige Arbeit in 5 oder 6 Tagen sehr häufig. In 5 % sämtlicher Zeitungsbetriebe arbeiten die Buchdrucker nicht länger als 40 Stunden. In anderen Industriezweigen, wo Organisationen bestehen, hatten in den von der Statistik erfaßten Betrieben 1,4 % der Bäcker, 7,8 % der Arbeiter im Reinigungsgewerbe, 60 % in der Pappschachtelindustrie (mit zwei Drittel der Beschäftigten) die Fünftagewoche. In Siebereien und Maschinensfabriken arbeiteten 3,8 % der Unternehmungen 5 Tage in der Woche, außerdem 1 % abwechselnd 5 oder 6 Tage, allerdings hier mehr als 40 Stunden. Die Fünftagearbeit ist auch bereits in die eisenverarbeitende Industrie eingedrungen, wo in 2,1 % der Werke, in einzelnen Zweigen, wie bei Herstellung von Stabeisen oder bei Puddelöfen sogar in viel größerem Umfang, in 5 Tages-schichten gearbeitet wird. In einer Anzahl von Unternehmungen wird die Arbeit nur während der Sommermonate am Sonnabend eingestellt.

Polizei und Gerichte

Verpöfchte Lehrzeit. Ein trauriges Bild wurde am 7. April vor dem Kieler Gewerbegericht entrollt, wo der Lackiererlehrling Wilhelm Bedden gegen seinen Lehrmeister August Kilian, Kiel, Lehmborg 20, Klage auf Auflösung des Lehrverhältnisses erhoben hatte. Laut Lehrvertrag sollte B. bei dem Beklagten in der Zeit von Ostern 1924 bis Ostern 1927 das Lackierhandwerk erlernen. Der Meister war nicht damit einverstanden, daß sein Lehrling, trotz dem Vertrage, in diesem Jahre zur Gesellenprüfung zugelassen werden sollte, weil die Ausbildung nach seiner Ansicht nicht den genügenden Grad erreicht habe. Das Lehrverhältnis wurde darauf um ein halbes Jahr verlängert. Es stellte sich jedoch nachher heraus, daß der Meister seine gesetzlichen Verpflichtungen dem Lehrling gegenüber stark vernachlässigt hatte. Dieser wurde während der dreijährigen Lehrzeit nicht in allen Arbeiten unterwiesen, die zur beruflichen Ausbildung eines Wagenlackierers gehören, vielmehr nur mit untergeordneten Arbeiten beschäftigt. Der Meister wohnt nicht in Kiel, sondern in Bordschholm. (Der Sitz des Betriebes ist in Kiel.) Während der Erntezeit 1926 mußte B. 4 Wochen ununterbrochen landwirtschaftliche Arbeiten verrichten. Während der dreijährigen Lehrzeit mußte B. im Sommer jeden Sonntag nach Bordschholm, um derartige Arbeiten (sogar Torfgraben) auszuführen. Er wurde somit um seine Sonntagsruhe betrogen. Weil der Lehrling außerdem durch den Meister am Besuch der Berufsschule gehindert wurde, entschied das Gewerbegericht aus diesem Grunde, daß das Lehrverhältnis aufgelöst ist. In eine Prüfung, ob die Ausbildung ungenügend war, ist das Gericht nicht eingetreten. Es ist nur bedauerlich, daß diese Missetände unserer Filiale nicht früher bekannt wurden. Unverständlich ist auch, daß die Eltern des Lehrlings solchem

**FACHBLATT
DER MALER**

**ZEITSCHRIFT
ZUR FÖRDERUNG DER HAND-
WERKLICHEN WERTARBEIT IN
FARBE, FORM UND RAUM**

**Anregungen, Belehrungen in
Wort und Bild. Fachtechnik,
Materialkunde. Der sichere
Weg zur künstlerischen Form
in Farbe und Raum**

**Monatlich 1 Heft mit starkem
Textteil u. 4 oder mehr farbig.
Tafeln. Illustrationen. Beilage
mit Meinungsaustausch und
fachtechnischen Mitteilungen**

**Bestellungen nehmen unsere Filial-
verwaltungen entgegen!**

Treiben so lange untätig zugehört haben. Auf diese sind 3 Lehrjahre nutzlos verstrichen. Was soll man da sagen, wenn ein Wagenlackiererlehrling nach dreijähriger Lehrzeit weder spachteln, Lackfarbe streichen noch lackieren kann. Wie ein „so ausgebildeter“ Lehrling einen Wagen komplett lackieren soll, ist jedenfalls ein Rätsel.

Fachliteratur

Farbige Raumskizzen.

Der Verlag des „Fachblatts der Maler“ von den farbigen Tafeln der beiden Jahrgänge 1925 und 1926 des Fachblatts je 30 Stück in geschmackvoll ausgestatteten Mappen vereinigt. Die Tafeln sind noch besonders auf weißem Karton gespannt, wodurch die behagliche Wirkung bedeutend erhöht und die Harmonie der Farbenstimmungen unterstrichen wird. Sowohl den Abonnenten, besonders aber den Nichtbeziehern des Fachblatts, werden die Mappen Freude bereiten und wertvolle Anregungen geben. Mappe 1 und 2 (30 Tafeln) je 8 M., Mappe 3 (12 Tafeln) 5 M. Sie sind durch die Filiale oder direkt vom Verlag, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10, zu beziehen.

Der Lackierer Nr. 5, Zeitschrift für die in Lackierbetrieben beschäftigten Berufskollegen. Die Matnummer beginnt mit beherzigenswerten Worten von Friedrich Ebert, um dann in dem Artikel „Ein altes Wort über den Segen kurzer Arbeitszeit“ zu zeigen, wie abwegig die Ansicht der Freunde langer Arbeitszeit und wie notwendig der Kampf um den Achtstundentag heute noch ist. „Organisation“ und „Die Leistungen der Organisation“ sollen den Kollegen Agitation erleichtern. Da mit dem 1. Juli das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft tritt, werden die Betriebsräte dem Artikel „Arbeitsgerichtsgesetz und Betriebsräte“ nochmals auf die Erweiterung ihres Arbeitsgebietes aufmerksam gemacht. Die Materialkunde wird in „Deckkraft der Farben“ gewürdigt. Die folgenden Berichte „Aus unseren Sektionen“ und ein „Buch besprechungen“. Da die gegenwärtig günstige Beschäftigungslage im Lackierergewerbe gute Agitationmöglichkeiten bietet, sollte kein Kollege versäumen, die Unorganisierten den „Lackierer“ in die Hand zu drücken.

Literarisches

„Die Frauenwelt.“ Jedes Heft 30 S., mit Schnittmahlbogen 40 S. Zu beziehen durch alle Postanstalten oder durch Volksbuchhandlung.

G. Engelbert Graf: England am Scheideweg. „Sozialistische Schriftenreihe.“ 48 Seiten Großformat. 5 Skizzen und Plänen. Preis kartoniert 85 S. C. Laubache: Laubachehandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. Das Schriftchen orientiert über eine Reihe aktueller politischer Probleme, dem der Autor an Hand einer Skizze des historischen Verlaufes des britischen Imperiums seine eigenartige Stellung in der wirtschaftlich und politisch stritt und aufzeigt, wo es in geschäftlicher Interessengegenüber mit seinen Nachbarn geraten muß. Die Grundlinien der britischen Politik aufstellt. Zum Verständnis der politischen Probleme der Zeit ist das Schriftchen unbedingt!

Die „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“ kostet 25 S. und durch alle Reichsbannergruppen, durch jede Postanstalt und Volksbuchhandlung zu beziehen.

Blätter für alle. Monatsblätter der Universität. In 5 Hefen. Ist jetzt durch alle Büchereien, Buchhandlungen usw. zu beziehen und ab 1. April vierteljährlich zu 75 S. bei der Buchhandlung zu bestellen. Geschäftsstelle: Berlin N.W. 7: Dortheenstr. 10.

Vom 1. bis 7. Mai ist die 18. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Berlin. Am 11. April starb der Kollege Paul Cöbber, geboren 13. Juli 1864 in Berlin. — Am 19. April starb der Kollege Artur Dietrich, geboren 10. September 1874 in Berlin.

Gotha. (Salzungen.) Am 19. April verstarb unser Kollege Max Neubert nach langer Krankheit.

Hamburg. Am 27. März starb unser langjähriges Mitglied Heinrich Rebenstorf, geboren 16. Februar 1858 in Hamburg.

Magdeburg. Am 16. April starb unser Kollege Max Wustrow, geboren 24. August 1873 in Magdeburg.

Am 21. April starb unser Kollege Karl Winkel, geboren 25. März 1855 in Magdeburg.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Lackiermeister

mit modernem Lackierverfahren (Spritzen) sehr gut vertüchtigt für höchstqualifizierte Arbeit, äußerst energisch und zuverlässig, für größere süddeutsche Fabrik (zirka 75 Lackierarbeiten) gesucht. Sehr gute Bezahlung. Eintritt möglichst bald. Nur besonders tüchtige und rührige Herren wollen sich melden. Angebote unter Nr. 100 an den Verlag dieser Zeitung.

Suche 2 jüngere, tüchtige Malerarbeiten aufs Land. Kost und Wohnung in der Nähe.

E. Saefkow
Lübeck, Kr. Osterburg, Altmark

Holzmalerei
nur tüchtige Kraft, zum sofortigen Eintritt geeignet.
Voigt & Palapies, Möbel- und Holzwerkstoffe, Finsterwalde, N.-L.